

Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für Verwaltung und Politik

↳ Information als zentrale Steuerungsressource

Statistik und Stadtforschung erarbeiten problem-, planungs- und politikorientierte Analysen und Prognosen, berichten über demographische, soziale, politische, räumliche, wirtschaftliche und kulturelle Phänomene in der Stadt und bieten für Planung, Politik und Öffentlichkeit fundierte Informationen und Entscheidungshilfen.

Ziel ist eine wissenschaftlich fundierte ► **Beratung der politisch-administrativen Akteure**, die in folgenden Stufen realisiert werden soll:

1. Bestandsaufnahmen und Strukturanalysen erarbeiten,
2. Entwicklungstrends erkennen und abschätzen (Prognosen),
3. Probleme und Defizite erkennen sowie Handlungsbedarf und Interventionsmöglichkeiten aufzeigen (Problem- und Bedarfsanalysen),
4. Folgen alternativer Planungen und verschiedener Handlungsprogramme abschätzen (Impactanalysen),
5. Interventionen und Maßnahmenrealisierung prozessbegleitend untersuchen (Evaluation),
6. Wirkungen erfassen und bewerten (Wirkungsanalysen, Erfolgskontrollen) und
7. Hinweise und Empfehlungen für „bessere“ Planung und Politik geben.

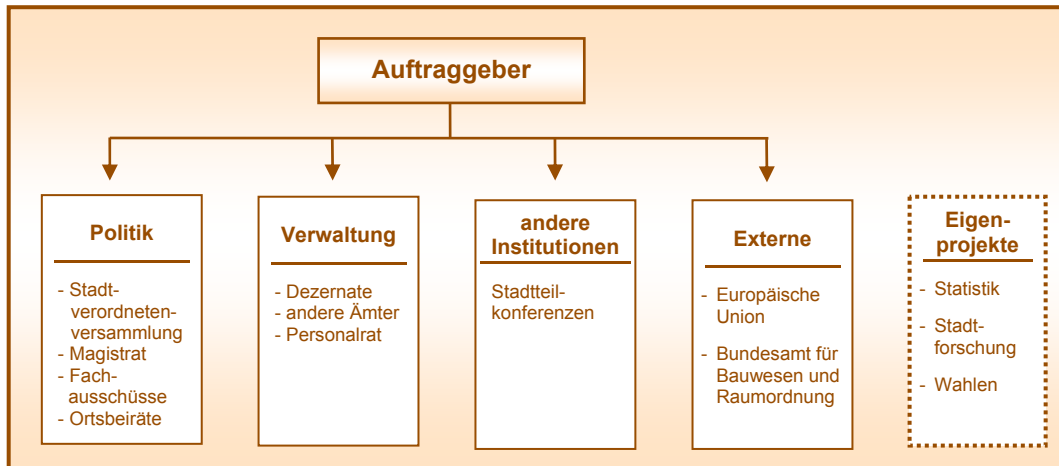
Nach unserem Grundverständnis ist Information die zentrale Steuerungsressource für Planung und Politik. Statistik und Stadtforschung sind daher wichtige Instanzen der Informationsproduktion - auch mit dem Auftrag der Informationsvermittlung an und Beratung von Planung, Politik und Öffentlichkeit.

Die Analysen können sich beziehen auf:

- **räumliche Aspekte** (z. B. Region, Stadt, städtische Teilgebiete) und
- **sachliche Bereiche** (z. B. Bevölkerung, Wirtschaft, Sozialgruppen).

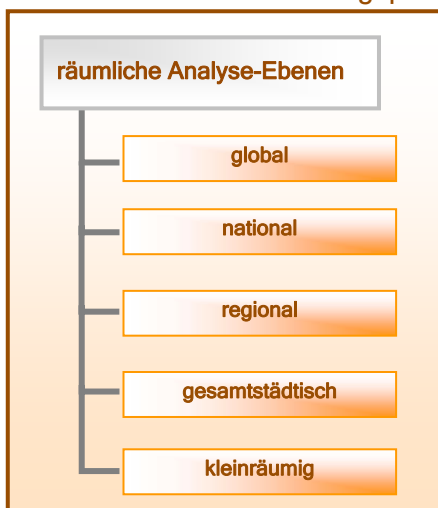
Hilfsmittel und Instrumente sind die Theorien und Methoden einschlägiger Wissenschaftsdisziplinen, besonders der Soziologie, Ökonomie, Geographie, Statistik, Demographie etc. Die Analysen sind primär empirisch orientiert. Quantitative Analyseverfahren werden durch qualitative Ansätze und Methoden ergänzt.

Meistens sind Politik und Verwaltung die Auftraggeber. Eigenprojekte ergänzen das Arbeitsprogramm und liefern inhaltlich-konzeptionelle, methodische und datenmäßige Grundlagen für später zu bearbeitende Auftragsprojekte.



↳ Raumstrukturen

Auch die Landeshauptstadt Wiesbaden ist zunehmend den ► **Auswirkungen von Globalisierung und Internationalisierung** ausgesetzt. Somit muss auch die kommunale Statistik und Stadtforschung die Globalisierungstendenzen mit ihren Folgewirkungen für die lokale Planung und Politik berücksichtigen. In den letzten Jahren sind daher eine ganze Reihe neuer Beobachtungsbereiche und Merkmalsdefinitionen in das Statistische Informationssystem eingeflossen und einige Analysen der lokalen Auswirkungen globaler und internationaler Entwicklungen erarbeitet worden. Sie liefern Planung, Politik und Öffentlichkeit nicht nur entsprechende Informationen, sondern sollen auch **Aufklärung** leisten über rasant fortschreitende Entwicklungsprozesse und einen Bewusstseins- und Einstellungswandel von Planung und Politik fördern, nämlich nicht nur reaktiv Probleme aufzufangen („Auffangplanung“), sondern **zukunftsorientiert** und **vorausschauend** die städtische Entwicklung zu gestalten.



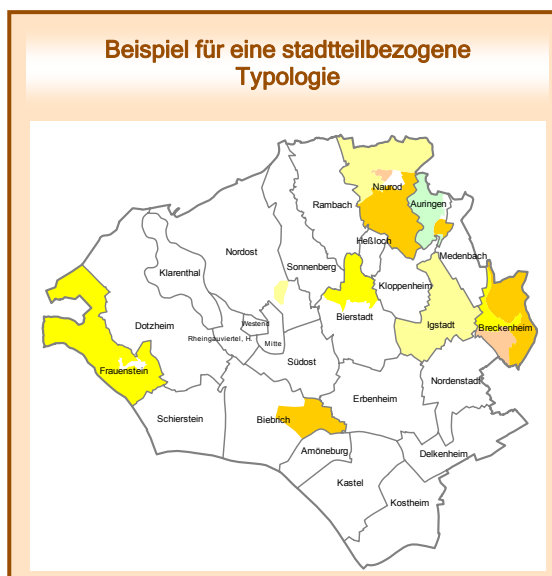
► „Wiesbaden in der Rhein-Main-Region“ ist ein weiterer Untersuchungsgegenstand - mit wachsender Bedeutung. Arbeits- und Wohnungsmärkte sind z. B. schon lange nicht mehr lokal begrenzt, Aus- und Weiterbildungsangebote, Hochschulen und For-

schungszentren, aber auch Kultur-, Sport-, Freizeit- und Unterhaltungsangebote sind vielfach regional ausgerichtet und bedeutsam. Angesichts sich verschärfender inter- und intraregionaler Konkurrenz sind Informationen darüber, ob sich die Position Wiesbadens im Vergleich zu anderen Städten (im Rhein-Main-Gebiet) eher verbessert oder aber eher verschlechtert von hoher Bedeutung für Planung und Politik (Städtetests, Rankings, interkommunale Vergleiche).

Der ► **Analyse regionaler Entwicklungsprozesse** kommt vor diesem Hintergrund eine wachsende Bedeutung zu. In regelmäßigen Abständen werden daher Art und Ausmaß der **Bevölkerungs-Suburbanisierung**, der **Stadt-Umland-Wanderungen** und die damit verbundenen Motive und Erklärungsfaktoren sowie die **Pendlerbeziehungen** untersucht.

Ebenso bedeutsam sind Informationen über die vielfältigen ► **Auswirkungen gesamtgesellschaftlicher und regionaler Entwicklungen**. Mit wachsender individueller Mobilität erhöht sich z. B. auch der Bevölkerungsaustausch in der Gesamtstadt und in städtischen Teilgebieten. Die sich im Durchschnitt weiter verkürzende Wohndauer in Wiesbaden, in einzelnen Wohngebieten sowie in der jeweiligen Wohnung ist ein Reflex einer permanent mobiler und flexibler werdenden Stadtbevölkerung und Gesellschaft insgesamt. Folgen sind u. a. die Abnahme einer lang ansässigen „Stammbevölkerung“, sich abschwächende soziale und räumliche Bindungen, weniger intensive Nachbarschaftsbeziehungen, verringerte lokale Engagementbereitschaft und die räumliche Verlagerung vielfältiger Aktivitäten in andere Städte und Gemeinden in der Region.

Die ► **Struktur der Gesamtstadt Wiesbaden und ihre Veränderungen** bildet einen



weiteren Fokus von Stadtforschung. Die Analysen der städtischen Teilräume als „Mosaik sozialräumlicher Einheiten“ ergeben nicht nur ein genaues Bild der Stadtstruktur insgesamt, sondern auch der sozialräumlichen Ungleichheit. Die Teilgebiete lassen sich damit zudem in Rankings einzelner Dimensionen „verorten“ (z. B. hinsichtlich des sozialadministrativen Handlungsbedarfs) und ein Vergleich über die Zeit hinweg bringt Auf- und Abstiegsprozesse ans Licht.

Stadtstrukturanalysen sind auch Grundlagen für vertiefende Stadtteilanalysen, für Stadtteilentwicklungsplanungen und für lokale Handlungsprogramme in verschiedenen Bereichen.

Seit den 1980er Jahren bilden in Wiesbaden ► **stadtteilbezogene Analysen** einen besonderen Schwerpunkt. Dabei handelte es sich z. B. um:

- spezifische Ergänzungen zu städtebaulichen Strukturuntersuchungen und Grundlagen für Stadtteilentwicklungsplanungen,
- Bestandsaufnahmen, Struktur-, Entwicklungs- und Problemanalysen als Grundlagen-Untersuchungen zur Nachbesserung von Großsiedlungen der 60er/70er Jahre,
- Evaluierungen von umfangreichen Sanierungsprogrammen und
- Bestandsaufnahmen, Struktur-, Entwicklungs- und Problemanalysen zu den Planungs- und Handlungsprogrammen „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Hesen“.

Neben den verfügbaren quantitativen Daten werden bei den Stadtteilanalysen auch ► **Erhebungen vor Ort** durchgeführt. Auf deren Basis können Planung und Politik abgewogene Entscheidungen über Handlungsbedarfe und Maßnahmenprogramme treffen. Außerdem können deren Ergebnisse und Wirkungen beurteilt und bewertet werden.

Für die Durchführung kleinräumiger Struktur- und Entwicklungsanalysen wurde



ein ► **Monitoringsystem zur sozialen Siedlungsentwicklung** - in Kooperation mit dem Amt für Soziale Arbeit und dem Wohnungsamt - entwickelt. Die Ausgangslage war, dass einzelne Stadtteile in das Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit geraten waren, die durch zunehmend „dramatisierende“ Zuschreibungen und subjektiv-selektive Wahrnehmungen in Gefahr gerieten stigmatisiert zu werden. Dem sollte eine objektive Sichtweise gegenübergestellt werden. 24 Verdachts- und Vergleichsquartiere wurden anhand objektiver statistischer Kennzahlen seither „unter Beobachtung“ gestellt und einmal jährlich überprüft.

Die Ergebnisse des Monitoring fließen insbesondere in die Arbeit der **Sozialverwaltung** ein. Auch **Ortsbeiräte** und **Stadtteilkonferenzen** sind Auftraggeber für (Kurz-)Analysen aus dem Siedlungsmonitoring. Das lange Zeit unveränderte „Paket“ wurde im Jahre 2006 „runderneuert“ und läuft auf aktualisierter Basis weiter.

↳ Kommunale Daseinsbereiche - lokale Politik- und Handlungsfelder

Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt des Amtes bei der Bereitstellung von Planungs- und Entscheidungsgrundlagen ist die Beobachtung und Untersuchung der verschiedenen kommunalen Daseinsbereiche (z. B. Wohnen, Arbeiten, Freizeit). Diese bestimmen jeweils in mehr oder minder großem Maße die Lebensbedingungen der ortsansässigen Bevölkerung und sind zentrale Handlungsfelder lokaler Politik und Verwaltung.

Für die meisten der genannten Bereiche sind ► **Monitorings** etabliert. Basierend auf regelmäßig erhobenen und ausgewerteten statistischen Daten lassen sie den aktuellen **Sachstand** und - im Abgleich zu den Vorjahren - **Entwicklungsverläufe** erkennen. Auch hier leisten die entwickelten Monitoringsysteme vielfältige nützliche Dienste für Problemerkennung, Analyse, Planung und Steuerung. Drei Beispiele seien kurz erwähnt:



► Monitoring zum Wiesbadener Wohnungsmarkt

In Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt wird seit 2005 der Wiesbadener Wohnungsmarkt unter die Lupe genommen. Neben langfristigen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt sollen durch das Monitoring auch kurzfristige Trends aufgespürt werden. Damit nimmt es auch die Funktion eines Frühwarnsystems ein.

► Monitoring zu Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung

Der Wiesbadener Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsentwicklung standen schon immer im

Blickpunkt des politischen Interesses. Gerade mit den gesetzlichen Neuregelungen zur Arbeitslosigkeit und dem Status Wiesbadens als Optionskommune hat

sich der Informationsbedarf zu diesem Themenkomplex noch verstärkt. Auch wenn sich der Blick von Politik und Öffentlichkeit zur Zeit fast ausschließlich auf das Thema Arbeitslosigkeit richtet, geht das Monitoring zu Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung weiter und analysiert auch die Rahmenbedingungen. Um mittelfristige Trends zu erkennen, gehört zum Monitoring auch ein 5-Jahres-Zeitvergleich.

► Monitoring zur Bildungsbeteiligung

Das Monitoring wurde 2005 im Rahmen des „Sozialberichts zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden“ konzipiert und wird seitdem weiterentwickelt und fortgeschrieben. Mit dem Bildungsmonitoring kann sowohl der **Ist-Zustand** der Bildungsbeteiligung dokumentiert als auch deren bisheriger **Verlauf** systematisch verfolgt werden. Ein weiteres **Ziel** ist, das Bildungsverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen auf Annäherung zu überprüfen. Das Monitoring erstreckt sich über wichtige Stationen des schulischen Bildungssystems und bezieht auch die Früh- und Elementarbildung ein. Es soll künftig um die **schichtenspezifische Ungleichheit** bei der Bildungsbeteiligung erweitert werden.

Amtseigene vertiefende Untersuchungen wie sie in der Vergangenheit zum Wohnen, zu Kultur und Freizeit von Jugendlichen, zum Verkehrsverhalten der Bevölkerung und der Gesundheit von Migranten/innen vorgelegt wurden, sind zumeist durch aktuelle Fragestellungen und Handlungsbedarfe oder situative, teils planungsrelevante Erkenntnisinteressen motiviert, zu denen die standardisierten statistischen Beobachtungssysteme keine oder nur unzureichende Aussagen treffen können. Der jeweils **spezifische Untersuchungscharakter** ist in erster Linie durch das Erkenntnisinteresse des Auftraggebers, den Stellenwert des Themas, die Zielsetzung und den Verwendungszusammenhang begründet.

Beispiel: Analyse und kooperative Planung im Sportbereich

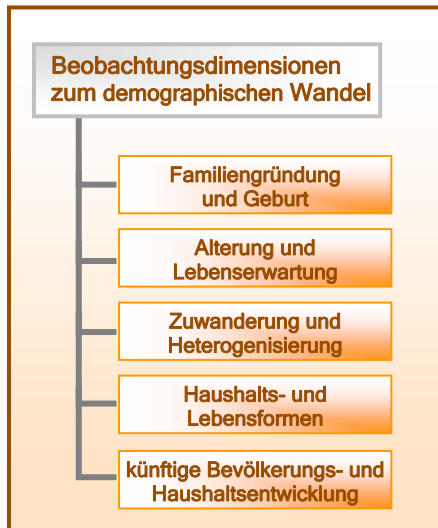
Die ► **Untersuchung des Sportverhaltens** der Wiesbadener Bevölkerung stellt nicht nur eine breit angelegte Analyse eines kommunalen Daseinsbereichs dar, sondern war zugleich integraler Bestandteil eines umfassenden **kooperativen Planungsprozesses**. In dessen Verlauf wurde ein neuer Sportentwicklungsplan erarbeitet.

Ausgangspunkt oder Auslöser war die u. a. vom Wiesbadener Sportkreis aufgezeigte Notwendigkeit, neue Planungsgrundlagen für die Sportentwicklung bereit zu stellen. Das Amt wurde damit beauftragt, ein Konzept für eine Sportentwicklungsplanung vorzulegen, in dem sowohl auf die allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen bei Sport und Freizeit Bezug genommen, als auch auf aktuell relevante Planungsansätze der Sportentwicklung eingegangen wurde. Als Fazit der Analyse sollten Möglichkeiten und Ansätze für ein Wiesbaden-spezifisches Planungskonzept benannt werden.

Der von der Stadtforschung präsentierte Vorschlag, in Wiesbaden eine leitfadenorientierte Sportentwicklungsplanung durchzuführen, die in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme der Sportangebote und der Sportnachfrage beinhaltet, wurde vom kommunalen Parlament unterstützt. Während in Kooperation von Sport- und Stadtplanungsamt die Erhebungen vorhandener Sportstätten, -anlagen und -anbieter vorgenommen wurden, führte das Amt repräsentative **Umfragen zum Sportverhalten** durch. Durch die Befragung von insgesamt 2 407 Wiesbadenern/innen im Alter von 18 bis 80 Jahren und von 1 108 12- bis 18-Jährigen konnten umfangreiche Daten zum Sporttreiben, den Sportpräferenzen und -aktivitäten der Bevölkerung gewonnen werden.

↳ Demographischer Wandel und Lebensverhältnisse von Sozialgruppen

Beobachtung und Dokumentation der **Bevölkerungsentwicklung** in allen Facetten der sozialstrukturellen und soziodemographischen Zusammensetzung und Veränderung gehören zum Kerngeschäft des Amtes. Als eine wichtige Informationsgrundlage dient auch hier ein Monitoring:



► Monitoring zum demographischen Wandel

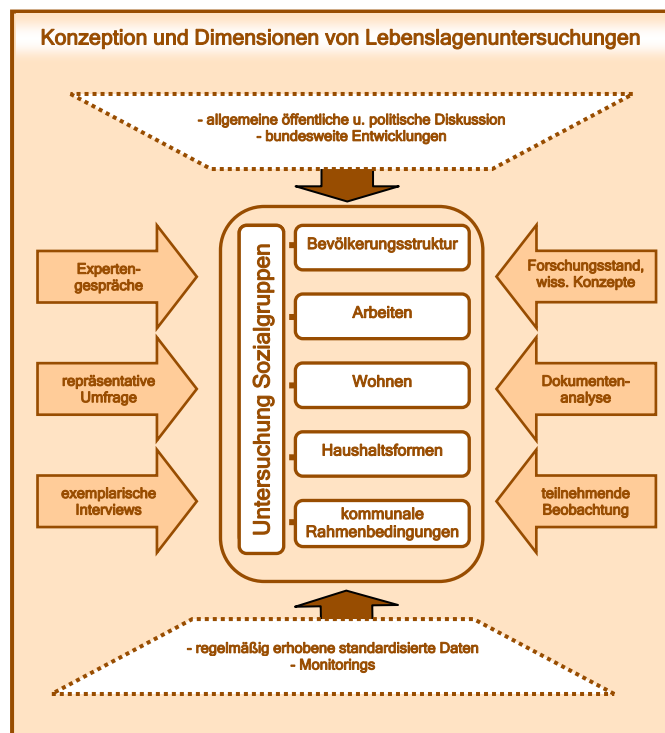
Das Bevölkerungsmonitoring stellt ein Instrument dar, um:

- Rahmendaten zur demographischen Struktur und Entwicklung zu bündeln,
- den demographischen Wandel in einzelnen Dimensionen aufzuzeigen und
- die Ausprägungen des Wandels kontinuierlich und systematisch zu erfassen.

Die demographische Entwicklung ist ein langfristig angelegter Prozess und Veränderungen zeigen sich nicht im Jahresturnus. Deshalb wird dieses Monitoring zwar jährlich aktualisiert - um keine Überraschungen zu erleben - aber nur alle fünf Jahre veröffentlicht.

Der Blick ist aber nicht nur auf die Wiesbadener Bevölkerung in ihrer Gesamtheit gerichtet. Von Interesse sind vor allem einzelne Teilgruppen der Stadtbevölkerung und ihre spezifischen Lebensbedingungen.

Studien, in denen eine Bevölkerungsgruppe im Mittelpunkt des Interesses steht, beinhalten neben einer Charakterisierung der Sozialgruppe anhand statistischer Daten eine Herausarbeitung ihrer spezifischen **Lebens-**



situation und **Bedarflagen**. Überwiegend gehen sie auch der Frage nach, ob und in welcher Weise die **städtischen Rahmenbedingungen** die Lebenslage der jeweiligen Gruppe beeinflussen.

Die Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen und die Analyse ihrer Lebenssituation erfolgt zumeist vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, wissenschaftlicher Forschungsbefunde und öffentlicher Debatten zu dem jeweiligen Themenkomplex. Daraus ergeben sich zum einen Impulse für die konzeptionelle Ausrichtung der Untersuchung. Zum anderen wirken sie sich auf die Zielsetzung und Fragestellung insofern aus, als Aussagen darüber zu treffen sind, ob bundesweite Trends oder allgemein festzustellende Entwicklungen und Konstellationen, z. B. in der Alten- oder Migrantenbevölkerung, bei Kindern, Jugendlichen, Armen etc. auch in Wiesbaden zu beobachten sind oder ob es andere Ausprägungen gibt und worauf diese zurück zu führen sind.

Beispiel für die Verknüpfung von sozialgruppen-spezifischem Untersuchungsansatz, Sozialberichterstattung und Wirksamkeitsprüfung kommunalpolitischer Handlungsprogramm:

Untersuchungen zu alten Menschen in Wiesbaden

Dass Untersuchungen zur Lebenssituation einzelner Bevölkerungsgruppen, die im Laufe der Jahre vom Amt durchgeführt wurden, jeweils unterschiedlichen Fragestellungen nachgehen und besondere Schwerpunkte setzen, die der zum Untersuchungszeitpunkt vorherrschenden **Lagebeurteilung** und **Zeitdiagnose** der Thematik geschuldet sind, lässt sich an den Untersuchungen zu alten Menschen in Wiesbaden zeigen.

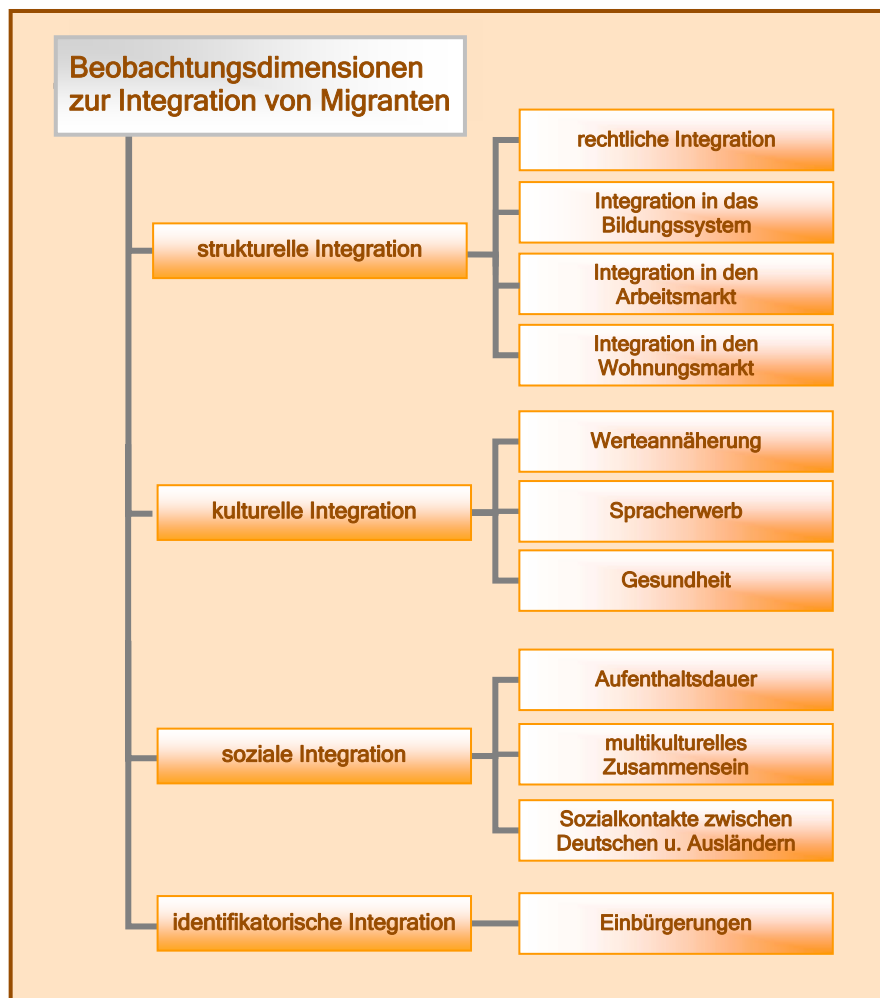
► 1993 wurde ein umfassender **Sozialbericht** zu alten Menschen in Wiesbaden vorgelegt, der ausgehend von dem wissenschaftlichen Konzept des Strukturwandels des Alters eine Analyse der Lebenslage alter Menschen in den verschiedenen Daseinsbereichen und in ausgewählten Teilgebieten der Stadt vornahm und einen Katalog gesamtgesellschaftlicher sowie kommunalpolitischer Handlungsbedarfe aufzeigte.

► 1999/2000 befasste sich eine weitere Untersuchung mit der Altenbevölkerung in Wiesbaden, diesmal vor allem mit der Teilgruppe der älteren Migranten/innen. Im Auftrag des damaligen Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Völkerverständigung der Stadtverordnetenversammlung wurde die Lebenslage älterer Menschen mit **Migrationshintergrund** untersucht. Ausgehend von vorliegenden Forschungsbefunden wurde eine Analyse verschiedener Dimensionen der Lebenslage dieser Bevölkerungsgruppe in Wiesbaden vorgenommen und daraus resultierende Handlungsbedarfe benannt.

► Im Rahmen der Diskussion des demographischen Wandels und seiner Auswirkungen auf die Kommune wurde die **Lebenslage** älterer Menschen in Wiesbaden 2004 erneut betrachtet. Dabei wurde die Zusammensetzung und die Struktur der Altenbevölkerung beschrieben, ihre Lebensformen, die räumliche Verteilung, die ökonomische Situation sowie die Hilfe- und Pflegebedürftigkeit der älteren Wiesbader/innen untersucht und auf Grundlage der Bevölkerungsprognose die zukünftigen Entwicklungen bis 2020 aufgezeigt.

► **Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden**


Das **Ziel** des Monitoring ist es, das Voranschreiten des Integrationsprozesses in seinen unterschiedlichen Dimensionen sichtbar und messbar zu machen sowie Bereiche aufzudecken, in denen verstärkt Handlungsbedarf besteht. Dieses Monitoring nimmt einen festen Platz im ► **städtischen Integrationskonzept** ein. Dabei hat das Monitoring seine Anerkennung auch über die Stadtgrenzen hinaus gefunden. „Das Monitoringsystem als Teil des Wiesbadener Integrationskonzepts hat inzwischen bundesweit eine Beispiel- und Vorreiterrolle übernommen“ (Bertelsmann-Stiftung).




↳ Bürger- und Kundenbefragungen für städtische Ämter und kommunale Einrichtungen

Ein weiteres Geschäftsfeld, das in den letzten Jahren immer wichtiger wurde, ist die anlass- oder aufgabenbezogene Erarbeitung von Informationen innerhalb des „Konzerns Stadt“. Als modernes Dienstleistungsunternehmen, das mit öffentlichen Geldern wirtschaftet, ist die Stadtverwaltung nicht nur auf die wirtschaftliche, zweckmäßige und rechtlich richtige Verwendung dieser Mittel ausgerichtet, sondern sieht sich auch in besonderem Maße der **Bürgerfreundlichkeit, Kundenorientierung und Servicequalität** verpflichtet, um bedarfs- und bedürfnisgerechte Leistungen anzubieten. Inwieweit diese Maximen erreicht werden, muss durch die Verwaltung kontinuierlich überprüft und gegebenenfalls verbessert werden. In der täglichen Arbeit ergeben sich daraus für viele städtische Ämter und Einrichtungen vor allem folgende **zentrale Fragen**:

- ▶ Wie zufrieden sind die Bürger bzw. die Kunden mit unserem Angebot, unseren Dienstleistungen, unserem Service?
- ▶ Welche Zielgruppen und welche Einzugsbereiche werden bedient?
- ▶ Wo besteht Verbesserungspotential?



WIESBADEN
Kulturamt
Amt für Wahlen,
Statistik und Stadtforschung



CALIGARI

Besucherbefragung CALIGARI FILMBÜHNE

Bitte nur mit blauem oder schwarzem Stift ausfüllen;
kein Bleistift, kein rot oder grün

- 1. Welchen Film sehen Sie sich heute hier an?**

- 2. Wie oft besuchen Sie die CALIGARI FILMBÜHNE normalerweise?**
 mehrmals pro Woche
 ca. 1 mal pro Woche
 ca. 1 mal im Monat
 ca. 3 bis 8 mal im Jahr
 seltener
 nie / heute zum ersten Mal

- 3. Wie oft besuchen Sie andere Kinos?**
 mehrmals pro Woche
 ca. 1 mal pro Woche
 ca. 1 mal im Monat
 ca. 3 bis 8 mal im Jahr
 seltener
 nie

- 4. Woher kommen Sie? Aus Wiesbaden oder von außerhalb?**
 Wiesbaden Innenstadt
 Wiesbaden anderer Stadtteil
 Außerhalb -----> Von wo? Bitte notieren Sie die Postleitzahl

(PLZ)
 (Wohnort)

- 5. Mit welchem Verkehrsmittel sind Sie heute gekommen?**
 zu Fuß, mit dem Fahrrad
 Auto
 öffentliche Verkehrsmittel (Bus, Bahn)
 Sonstiges (z. B. Taxi, Motorrad)

- 6. Besuchen Sie die heutige Vorstellung allein oder zusammen mit anderen?**
 Allein
 mit Ehe- / Lebens-Partner/in
 Mit Freunden / Bekannten
 Sonstige Personen

- 7. Welche Arten von Filmen sehen Sie am liebsten?**
Bitte max. 5 Vorlieben ankreuzen!

<input type="checkbox"/> Spielfilm	<input type="checkbox"/> Stummfilm	<input type="checkbox"/> Autorenfilm
<input type="checkbox"/> Kurzfilme	<input type="checkbox"/> Musikfilm	<input type="checkbox"/> Action / Thriller
<input type="checkbox"/> Dokumentarfilm	<input type="checkbox"/> Kriminalfilm	<input type="checkbox"/> Science Fiction
<input type="checkbox"/> Animationsfilm	<input type="checkbox"/> Komödie	<input type="checkbox"/> Sonstiges:
<input type="checkbox"/> Literaturverfilmung	<input type="checkbox"/> Drama	
- 8. In welcher Sprachfassung sehen Sie internationale Filme am liebsten?**
Bitte nur 1 Antwort ankreuzen!
 In der deutschen Fassung (synchronisiert)
 In der Originalsprache mit deutschen Untertiteln
 In der Originalsprache ohne Untertitel
 Unterschiedlich, kommt auf die Originalsprache an / kommt auf den Film an
 Ist mir eigentlich egal

Beispielstudien ...

Publikumsbefragung in der CALIGARI FilmBühne

► Aufgabenstellung

Auftraggeber:
Kulturamt / Kommunale Filmarbeit als Betreiber
der Caligari FilmBühne

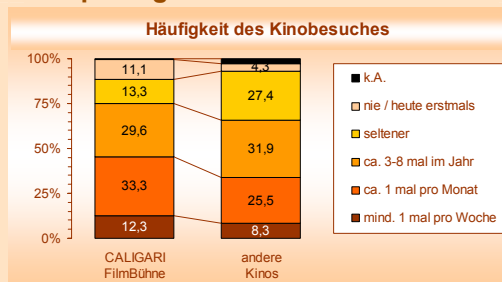
Kernfragen:

- **Zielgruppen?**
Wen erreicht das Angebot der CALIGARI FilmBühne? Welche Überschneidungen gibt es zum Publikum anderer kultureller Einrichtungen?
- **Zufriedenheit? Stärken?**
Was ist aus Sicht der Besucher besonders gut am Angebot der CALIGARI FilmBühne? Was soll nicht verändert werden, um das Publikum weiterhin zu binden?
- **Verbesserungspotential?**
Was könnte verbessert werden?
- **Bewertung von Veränderungen?**
Wie würden mögliche Veränderungen von den Besuchern angenommen / bewertet werden?

► Methodische Grundlagen

- **Grundgesamtheit:**
Besucherinnen und Besucher der CALIGARI FilmBühne (Ausnahme „Traumkino für Kinder“)
- **Stichprobe:**
970 Befragte verteilt über verschiedene Wochentage, Anfangszeiten und Filmarten
- **Erhebungszeitraum:**
März 2006 an insgesamt 10 Abenden, 15 Filmvorführungen
- **Erhebungsmethode:**
standardisierte schriftliche Interviews vor Ort, Ansprache der Besucher vor und nach den Filmvorführungen im Foyer

► Beispielergebnisse



Kundenbefragung in den Wiesbadener Ortsverwaltungen

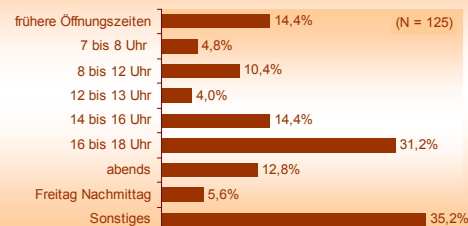
Auftraggeber:
Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung
und Integration

Kernfragen:

- **In welchem Umfang werden die Leistungen in Anspruch genommen?**
Wer fragt die Leistungen wie oft nach?
- **Angebote der Ortsverwaltungen?**
Welche Dienstleistungen und Angebote werden von den Bürger/innen nachgefragt? Welche Bedarfe bestehen?
- **Wie bürgerfreundlich sind die Ortsverwaltungen?**
Wie werden Servicequalität und Kundenorientierung beurteilt? Gibt es Veränderungs- und Verbesserungswünsche?
- **Wie werden die neuen Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen empfunden?**
Sind die neuen Öffnungszeiten bekannt? Werden sie genutzt? Wie werden sie beurteilt?
- **Wie verhält es sich mit den Samstagsöffnungszeiten?**
Haben die Kunden/innen Kenntnis von ihnen? Wie ist die Inanspruchnahme?

- **Grundgesamtheit:**
Kundinnen und Kunden der Ortsverwaltungen Kastel / Kostheim, Bierstadt, Schierstein und Delkenheim
- **Stichprobe:**
497 Kundinnen und Kunden der Ortsverwaltung
- **Erhebungszeitraum:**
14. Februar bis 4. März 2005
- **Erhebungsmethode:**
standardisierte mündliche Interviews nachdem die Dienstleistungen der Ortsverwaltung in Anspruch genommen wurden

Gewünschte Öffnungszeiten (Mehrfachnennungen)



Schließlich müssen sich Ämter im Sinne eines allgemeinen politischen „Controlings“ auch immer stärker um eine datengestützte, fundierte Dokumentation ihrer Arbeit bemühen. Sie müssen nachweisen, wie die von der Politik oder Verwaltungsspitze gesetzten Zielvorgaben erreicht wurden und an welchen Kennwerten sich dies ablesen lässt. Sie müssen Einsparpotentiale aufzeigen und zugleich Ideen entwickeln, bestehende Leistungsangebote aufrecht zu erhalten.

Das Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung unterstützt die städtischen Ämter und kommunalen Einrichtungen dabei, möglichst passgenaue und verlässliche Antworten auf diese Fragen zu finden. In den seltensten Fällen ist dies durch Rückgriff auf bereits vorhandene Daten möglich. Zumeist können die erforderlichen Informationen nur durch ► **eigens dafür konzipierte Erhebungen** gewonnen werden.

Wenn beispielsweise Fragen nach „**Bürgerfreundlichkeit**“ oder „**Kundenzufriedenheit**“ beantwortet werden sollen, dann gibt es nur einen Weg: Man muss die Bürger und Nutzer eines städtischen Angebots danach fragen! Bei einigen „komplexeren“ Sachverhalten kann eine so genannte ► **„Expertenbefragung“** aufschlussreich sein. Wenn es um organisationsinterne Veränderungen geht, hat es sich in vielen Fällen als sinnvoll erwiesen, die Mitarbeiter gezielt durch eine ► **Mitarbeiterbefragung** mit einzubinden.

► **Umfragen im Auftrag der Stadt: Kommunale Markt- und Meinungsforschung**

Exemplarische Fragen, die in den letzten Jahren untersucht werden:

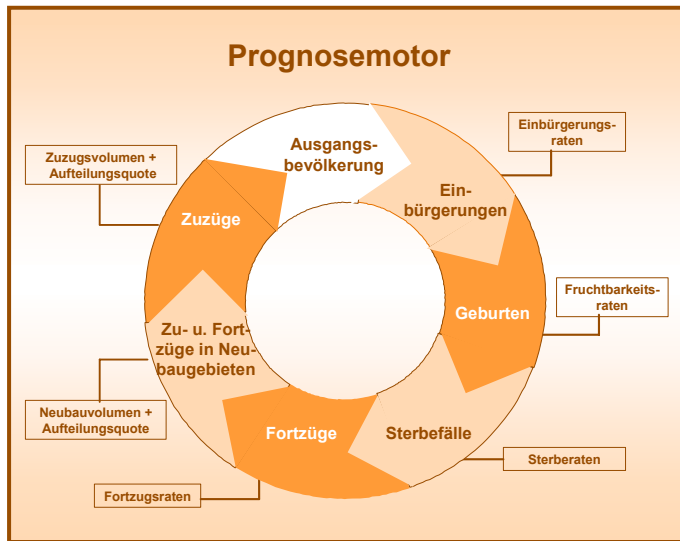
- Wer nutzt die städtische Homepage?
- Wie wird das Angebot des Wochenmarktes bewertet?
- Wie groß ist der Bedarf an Kinderbetreuung, speziell in den Ferien?

Die Konzeption, Umsetzung und Auswertung von Befragungen für städtische Ämter und kommunale Einrichtungen bilden einen fest etablierten Geschäftsbereich des Amtes für Wahlen, Statistik und Stadtforschung. Allein in den Jahren 2005 und 2006 wurden im Rahmen von zehn

größeren und kleineren Umfrageprojekten mehr als 5.800 Bürger, Kunden und Mitarbeiter städtischer Einrichtungen und Ämter befragt.

↳ **Prognosen - ein kalkulierter Blick in die Zukunft**

Entwicklungs- und Trendanalysen sowie Prognosen geben Ausblick auf mögliche bzw. wahrscheinliche Zukünfte. Für eine Prognose sind Fakten und eine solide Datengrundlage die Basis. Ohne Prognosen sind in vielen städtischen Planungsbereichen keine sinnvollen Aussagen über die zukünftigen Bedarfe zu machen. Unter den vom Amt durchgeführten Prognosen kommt den ► **Bevölkerungsprognosen** die größte Bedeutung zu. Die Ergebnisse helfen z. B. dem Stadtplanungsamt bei der zukünftigen Stadtentwicklung oder sie werden für die Kindertagesstätten- und Schulplanung genutzt. Dabei bieten die Prognoseergebnisse keine 100%ige Sicherheit, vielmehr dienen sie als Orientierungshilfe.



Die Bevölkerungsprognose wird vom Amt bei Bedarf in größeren aber regelmäßigen Abständen vorgelegt. Ein Bedarf entsteht dann, wenn andere Ämter aktuelle Zahlengrundlagen benötigen oder wenn die alte Prognose „aus dem Ruder“ läuft. So kann es beispielsweise sein, dass ein geplantes Entwicklungs-

gebiet mit vielen Neubauten nicht realisiert wird, in der Prognose jedoch „mitgerechnet“ wurde. Allerdings trägt eine Prognose den Keim „ihres eigenen Todes“ in sich. Prognostiziert sie Entwicklungen, die so von Seiten der Städteplaner nicht gewünscht sind, liefert sie die Grundlagen zum Gegensteuern. Sind die Gegenmaßnahmen erfolgreich, so wird die Prognose nicht mehr zutreffen.

Geburten und Sterbefälle gehören zu der so genannten „natürlichen Bevölkerungsbewegung“. Um die zukünftige Zahl an Neugeborenen schätzen zu können, wird ein Blick in die Vergangenheit geworfen und die Geburten der letzten Jahre unter die Lupe genommen. Dabei ist nicht nur die absolute Zahl der Lebendgeborenen wichtig, sondern auch die Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung im gebärfähigen Alter sowie das generative Verhalten dieser Altersgruppe. Beide Komponenten werden zu den **Fruchtbarkeitsraten** zusammengefasst, die beschreiben, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass eine Frau eines bestimmten Alters ein Kind zur Welt bringt. Auf ähnliche Weise werden die **Sterberaten** aus den Sterbefällen der letzten Jahre ermittelt. Da sich die Sterbewahrscheinlichkeiten geschlechtsspezifisch unterscheiden und in der Zukunft allgemein mit einer verlängerten **Lebenserwartung** gerechnet wird, müssen auch diese Besonderheiten berücksichtigt werden.

Gegenüber den Geburten und Sterbefällen sind die **Wanderungsbewegungen** viel dynamischer und auch unsicherer. Der Blick in die Vergangenheit kann hier nur eine Orientierungshilfe für die Abschätzung künftiger Entwicklungen sein. Um diese Unsicherheit sprichwörtlich in Grenzen zu halten, werden meist zwei (oder drei) Prognosevarianten mit unterschiedlichen Wanderungsannahmen durchgeführt, zwischen deren oberen und unteren Grenzen sich die reale Entwicklung in der Zukunft bewegen sollte.

Je nach Prognosemodell können noch **weitere Komponenten** wie beispielsweise Einbürgerungen oder die geplante Neubautätigkeit dazukommen. Sind alle Bausteine zusammen, kann die Prognose gestartet werden. Dies geschieht dergestalt, dass eine Ausgangsbevölkerung, gegliedert nach Altersjahrgängen und Geschlecht, mit Hilfe der Quoten und Raten jahresweise fortgeschrieben wird. In der Regel sollte der Prognosezeitraum 20 Jahre nicht überschreiten. Sofern Bedarf besteht, können einer Bevölkerungsprognose Anschlussprognosen folgen, z. B. eine ► **Haushaltsprognose** oder eine ► **Wohnungsbedarfsprognose**.

Gehört die Bevölkerungsprognose zum „täglichen Brot“ der Statistiker, so beschreiten sie auch ganz neue Wege auf bislang unbekanntem Terrain. Ein Beispiel hierfür ist die Vorausberechnung des künftigen **Friedhofsflächenbedarfs**. Im Rahmen der Friedhofsentwicklungsplanung stellte sich die Frage, ob die bestehenden Flächenreserven außerhalb der Friedhöfe weiter vorgehalten werden müssen oder ob sie einer anderen Nutzung zugeführt werden können. Zur Klärung dieser Frage wurde eine zweiteilige Prognose durchgeführt. In einem ersten Schritt wurde die Zahl der Sterbefälle (analog einer „normalen“ Bevölkerungsprognose) in den Wiesbadener Ortsbezirken bis zum Jahr 2030 ermittelt. In einem zweiten Schritt wurden diese prognostizierten Sterbefälle auf die Friedhöfe ihres Ortsbezirks „verteilt“. Diese Verteilung erfolgte so, dass für jeden Friedhof dessen spezifische Parameter wie Ruhezeiten, Grabgrößen und das Verhältnis der unterschiedlichen Grabarten berücksichtigt wurden. Am Ende der Prognose lag für jeden Friedhof Wiesbadens eine Liste vor mit genauen Angaben zu dem Gesamtflächenbedarf, unterteilt in Fünfjahresschritte bis 2030.

↳ **Begleitforschung und Evaluierungen**

Statistik und Stadtforschung liefern nicht nur ad hoc oder per Auftrag angeforderte Informationsgrundlagen an Planung und Politik, sondern sind ein zentrales Instrument von ► **Stadtsteuerung** insgesamt. Sie sammeln Informationen und bereiten sie problemadäquat auf (Statistisches Informationssystem, Monitorings), analysieren bisherige Entwicklungen wie auch Ist-Zustände (Stadtbeobachtung aktuell, Stadtanalysen), sollen gleichzeitig aber auch Frühwarnsystem sein für zukünftige Entwicklungen (Prognosen, Bedarfsplanungen) und kompetente Ratgeber für Strategien der Stadtentwicklung. Darüber hinaus sind die Ergebnisse und Wirkungen von planerischen und politischen Entscheidungen und von umzusetzenden Handlungsprogrammen zu erfassen und sachorientiert zu bewerten, inklusive der **Wirksamkeit** der eingesetzten Ressourcen und Instrumente sowie der Prozessorganisation.

Zunehmend sind Statistik und Stadtforschung in **langfristige Entwicklungsprozesse der Stadtsteuerung** eingebunden: es beginnt oft mit Datenlieferungen, Bestandsaufnahmen, Struktur- und Problemanalysen und setzt sich fort mit der prozessbegleitenden Beobachtung und Analyse der Maßnahmen-Realisierung und ihrer Wirkungen. Die **Handlungsprogramme** ► „**Soziale Stadt**“ sind typische Beispiele dafür. Die ersten Teilanalysen erfolgten, noch bevor es das Förderprogramm gab. Seit der Umsetzung in zwei Wohngebieten im Jahre 1999 (Westend) und 2001 (Biebrich) werden die Veränderungen der Gebäude- und Wohnungsstrukturen, der Gewerbestrukturen und der Bevölkerungs- und Sozialstrukturen fortlaufend untersucht und auf die Maßnahmenbereiche und ihre Wirkungen bezogen. Die Wirkungen sind dann vor dem Hintergrund der Ausgangssituation, der formulierten Ziele und der eingesetzten Ressourcen und Instrumente zu messen und zu bewerten. Diese Aktivitäten finden ihre Fortsetzung in Bezug auf das neue ► **Förderprogramm „Stadtumbau Hessen“** in Kostheim und Kastel-Mitte. Planung und Politik erwarten auch hier nicht nur präzise und differenzierte Grundlageninformationen, sondern auch fundierte Hinweise auf notwendigen Handlungsbedarf.

Eine umfangreiche ► **Untersuchung des Sanierungsprozesses** im Bergkirchenviertel und seiner Wirkungen (1993) hatte an Planung und Politik eindeutige Ergebnisse über die Zusammenhänge zwischen dem jeweiligen „Wohnungsgemeinschaft“ und der zu erwartenden **Sozialstruktur** in Wohngebieten gegeben. Ein gewisses „Umsteuern“ der kommunalen Wohnungspolitik nicht nur in Bezug auf das Teilgebiet Bergkirchenviertel konnte beobachtet werden. Die Untersuchungsergebnisse haben mit dazu beigetragen.

Analysen der **Angebots- und Nutzerstrukturen** der Volkshochschule (VHS) und der Vorortbildungswerke (VBWs) lieferten u. a. aufschlussreiche Erkenntnisse über bisher nicht wahrgenommene altersstrukturelle Verschiebungen in der Nutzerstruktur. Bei anhaltendem Trend würde der kommunale Weiterbildungsbereich weiter jüngere und mittlere Altersgruppen verlieren. Auf der Basis der Ergebnisse einer ersten Untersuchungsphase und eines 2005 beschlossenen Maßnahmenkatalogs erfolgte ein weitergehender Untersuchungsauftrag, der auf eine mittel- und längerfristige strategische Neuausrichtung des Weiterbildungsbereichs abzielt.

Im ► **Prozess der Verwaltungsreform** erbrachten Statistik und Stadtforschung vielfältige Unterstützungsleistungen. Neben der Mitarbeit im Projektbereich „Ziele der Verwaltungsreform“ und dem „Aktionsteam Arbeitszeit“ wurden etliche Erhebungen zur Bürger- und Kundenfreundlichkeit der Verwaltung und einzelner Äm-

Der Untersuchungsauftrag

Im Sommer 2005 wurde vom Amt in Verbindung mit dem Kulturamt der Bericht ► **„Weiterbildung in Wiesbaden“**, den städtischen Körperschaften vorgelegt. Dieser Vorlage war ein umfassender Bericht zu den Angebots- und Nutzerstrukturen der VHS-Wiesbaden und der Vorortbildungswerke beigelegt. Des Weiteren waren ein auf diesem Bericht basierender Maßnahmenkatalog sowie die abgeleiteten Zielvorstellungen der einzelnen Einrichtungen beigelegt.

Aufgrund dieses Berichts erteilte die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden dem Amt - in Kooperation mit dem Kulturamt - den Auftrag, „mit den Beteiligten bis Mitte 2006 die im Maßnahmenkatalog aufgeführten Maßnahmenschwerpunkte im Hinblick auf ihre Ergebnisse und Wirkungen zu **evaluieren**, in einem Erfahrungsaustausch zu erörtern und weitergehende mittel- und längerfristige Zielvorstellungen sowie neue Maßnahmenschwerpunkte zu entwickeln (unter besonderer Berücksichtigung von Aspekten der Qualitätssicherung, Effizienz und Wirtschaftlichkeit). Besondere Evaluations-Aspekte sollen zudem sein: die zentrale und dezentrale Organisation des kommunalen Weiterbildungsbereiches, die Entwicklung der Belegungen 2003 - 2005, die Reichweite der Bildungsangebote sowie die Ergebnisse und Folgen der verstärkten Kooperation der VBWs Nordenstadt - Erbenheim - Delkenheim und Bierstadt einerseits und des VBW Klarenthal und der VBS Schierstein andererseits“.

ter durchgeführt, die Reformversuche zu veränderten Öffnungszeiten begleitend untersucht, Mitarbeiter-Befragungen durchgeführt.

Zur Verbesserung der Bürger/innenorientierung und -beteiligung wurde ein umfangreiches Handbuch zu einer Vielzahl von ► **Methoden, Instrumenten und Verfahren der Bürger/innenbeteiligung** erarbeitet. Mit Hilfe von Leitfäden und Schulungen sind Mitarbeiter in allen Ämtern auf eine stärkere Bürger/innenorientierung und -beteiligung vorbereitet worden. Zudem erfolgte

eine Begleitung und Evaluierung der Modellprojekte in allen Ämtern sowie ein „Runder Tisch zur Verwaltungsreform“.

Im Zusammenhang mit der **Neuregelung der Arbeitszeit** bei der Landeshauptstadt Wiesbaden, die 1999 im Rahmen der Verwaltungsreform in die Wege geleitet wurde, kam der Stadtforschung auch die Aufgaben zu, durch ► **Mitarbeiter/innen- und Ämterumfragen** die Voraussetzungen für die Neuregelung der Arbeitszeit zu eruieren und die einjährige Pilotphase der neuen Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit zu evaluieren. Die Ergebnisse der Evaluierung bildeten u. a. die Basis für die Rahmenvereinbarung zur Regelung der Arbeitszeit.

Bei allen Bemühungen um präzise und differenzierte **Grundlageninformationen**, um **prozessbegleitende Beobachtung** der Maßnahmen-Realisierung und ihrer **Wirkungen**, einer guten und funktionierenden Kooperation mit anderen Akteuren (Ämter der Verwaltung, Politik, Externe) bleiben insbesondere gegenüber Erfolgskontrollen, Wirkungsanalysen und Evaluierungen insgesamt vielfach (Konkurrenz-)Ängste und Befürchtungen bestehen. Die Aufnahmefähigkeit von Informationen und die Bereitschaft, sich auf ► **informationsgestützte Beratung** einzulassen, gehören wesentlich zu einem permanenten Lernprozess, auf den Statistik und Stadtforschung einerseits und Planung und Politik wie auch Öffentlichkeit andererseits sich kooperativ und vertrauensvoll einlassen sollten.